SoVD-INTERN

Der SoVD Niedersachsen in den Jahren 2003 bis 2006 - Bericht des Landesvorstandes

Solide Finanzen und baldige Verselbständigung

Vor den Delegierten der 17. Landesverbandstagung berichtete der 1. Landesvorsitzende Adolf Bauer für den Vorstand über die abgelaufene Amtsperiode.

„Was man nicht aufgibt, hat man nie verloren“ – mit diesem Satz aus der Feder Friedrich Schillers fasste Bauer einleitend die Anstrengungen des Landesvorstands des SoVD Niedersachsen in den Jahren 2003 bis 2006 zusammen. Denn um die vielfältigen und dringlichen Aufgaben bewältigen zu können, sei es auf vielen Tätigkeitsfeldern Durchhaltevermögen gefragt gewesen. In anderen Bereichen sei es in der 16. Wahlperiode dagegen vor allem auf den Mut angekommen, neue Wege für die Weiterentwicklung zu beschreiten.

„Wir sind erfolgreich in einen intensivierten Dialog mit den politischen Kräften des Landes getreten und haben die Akzeptanz für das Handeln des SoVD spürbar erhöht. Als Partner mit großem Stellenwert im politischen und parlamentarischen Umfeld wird der SoVD zunehmend befragt und beteiligt”, sagte Bauer. Ebenso erfolgreich sei man bei der Finanzkonsolidierung gewesen, was Landesschatzmeister Bruno Hartwig bestätigte. Durch entschiedene und durchaus auch schmerzvolle Einschnitte sei es gelungen, die finanzielle Situation nachhaltig zu entspannen.

Zudem habe man erfolgreich neue Mitglieder gewinnen können, die zum einen durch Kompetenz in der sozialrechtlichen Beratung und der ehrenamtlichen Arbeit überzeugt werden konnten, aber auch dadurch, dass der SoVD seinem Mitglieder-Auftrag als kritische Interessenvertretung gerecht werde, die zudem Sozialpolitik stets konstruktiv mitgestalte.

Adolf Bauer beim Bericht der Geschäftsführung.

Eine der zentralen Aufgaben in den zurückliegenden vier Jahren sei zweifelsohne der Kampf um ein Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderung in Niedersachsen gewesen. Inzwischen liege zwar zumindest ein diskutabler Entwurf dazu vor; inkraftgetreten ist diese - aus aus SoVD Sicht unabdingbare gesetzliche Regelung - allerdings noch immer nicht.

Verbandsintern seien in der zurückliegenden Wahlperiode erste Schritte zur Verselbständigung des Landesverbandes unternommen worden. Mittlerweile sei der SoVD Niedersachsen bereits in der Phase angekommen, in der die verschiedenen Schritte zur Umsetzung dieses Ziels nach und nach abgearbeitet werden. Basis für die Festlegung dieser Schritte sei die Arbeit des zwischenzeitlich neu geschaffenen Ausschusses für Verbandsstrukturen. Der Ausschuss habe sich mit dem entsprechenden Arbeitskreis auf Bundesebene mit allen relevanten Fragestellungen und Gesichtspunkten dieses großen Vorhabens auseinandergesetzt und Lösungsvorschläge erarbeitet. „Erste Realisierungsschritte sind bereits erfolgt, was die Unumkehrbarkeit unserer Verselbständigung noch einmal unterstreicht“, machte Bauer in seiner Ansprache deutlich.

In der 17. Amtszeit werde den Landesverband sowie die Orts- und Kreisverbände schwerpunktmäßig die Verselbständigung des SoVD Niedersachsen zum eingetragenen Verein beschäftigen, skizzierte der 1. Landesvorsitzende die nähere Zukunft. Er sei sehr optimistisch, dass dieser Weg der Verselbständigung in Niedersachsen auf breite Zustimmung stoßen werde. Das haben bereits die ersten Reaktionen aus den Kreisverbänden und Beratungsstellen gezeigt. Bauer verdeutlichte auch die zukünftige Rolle des Landesverbandes im Bundesverband: „Um eines abschließend aber nochmals deutlich herauszustellen: Der SoVD Niedersachsen wird insbesondere durch die Verselbständigung der bewährte Partner im SoVD-Bundesverband sein und bleiben. Solidarität ist für uns kein Fremdwort, sondern wird auch innerverbandlich gelebt. Wir wollen einen starken SoVD auf allen Ebenen – doch dafür müssen und werden wir auch Wege der Veränderung gehen. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst und werden entsprechend agieren.“

Bestätigte die positive Finanzentwicklung: Landesschatzmeister Bruno Hartwig.

Abschließend bedankte sich Adolf Bauer für die vertrauensvolle und loyale Zusammenarbeit in den vergangenen vier Jahren bei den Mitgliedern der Vorstandsebenen, bei der Landesgeschäftsführung sowie bei allen Mitarbeitern und den Vorsitzenden der Kreis- und Ortsverbände.

Danach verabschiedete er sich vom Plenum: „Lassen Sie uns nun angesichts der sehr erfreulichen Ergebnisse der 16. Amtsperiode zuversichtlich, mit dem bewährten Durchhaltevermögen und dem hinlänglich geschilderten Tatendrang den Weg in die Zukunft gemeinsam angehen“. Lang anhaltender Applaus zeigte, wie sehr die Delegierten den eingeschlagenen Kurs honorieren.

Weitere Berichte zur Landesverbandstagung folgen im nächsten Niedersachsen-Echo.

Resolution von den Delegierten der Landesverbandstagung einstimmig verabschiedet

Zweite Laatzener Erklärung zur Sozialpolitik

Zum Abschluss der 17. Landesverbandstagung haben die Delegierten einstimmig die nach dem Veranstaltungsort benannte „2. Laatzener Erklärung“ verabschiedet.

Unter dem Tagungsmotto „Wir sichern das soziale Miteinander“ wurden hier die Zielstellungen und Forderungen des mit 250.000 Menschen mitgliederstärksten Sozialverbandes in Niedersachsen festgehalten. Im einleitenden Passus der Resolution heißt es:

„Die Angst vor Armut und sozialer Ausgrenzung hat die Mitte unserer Gesellschaft erreicht. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer, die sozialen Sicherungssysteme stehen unter Druck.

Statt Stärkung und Ausbau wird private Absicherung gefordert. Der SoVD Niedersachsen ist überzeugt, die sozialen Sicherungssysteme sind zukunftsfähig, müssen erhalten und fortentwickelt werden. Alle Verantwortlichen in den Regierungen und Parlamenten rufen wir auf, das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der solidarischen Absicherung der sozialen Risiken im Alter, bei Krankheit und in der Pflege zu stärken.“ In der kommenden Legislaturperiode will sich der SoVD Niedersachsen in folgenden Bereichen einsetzen:

Landesgleichstellungsgesetz

Der SoVD hat hierzu eine ausführliche Stellungnahme erarbeitet und fordert, dass die im vorliegenden Entwurf fehlenden Punkte in das endgültige Gesetz noch aufgenommen werden.

Keine Kürzungen bei Bus und Bahn

Ein moderner, kundenfreundlicher und attraktiver Öffentlicher Personennahverkehr ist für Menschen mit mobilen Einschränkungen sowie Personen ohne Auto unverzichtbar.

Deshalb fordert der SoVD das Land Niedersachsen auf, den Öffentlichen Personennahverkehr sicherzustellen, Streckenstilllegungen zu vermeiden und den ÖPNV in Zukunft weiter auszubauen.

Pflege

Der SoVD fordert eine grundlegende strukturelle Reform der Pflege, bevor über die Kosten und die Finanzierung der Pflegeversicherung diskutiert wird. Eine Neuausrichtung der Pflegeversicherung wird gefordert, die Teilhabe und Selbstbestimmung der Menschen mit Pflegebedarf sichert.

Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre

Die Anhebung der Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung auf 67 Jahre wird nach wie vor abgelehnt, solange ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in besonderer Weise von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Weiter fordert der SoVD die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung.

Der Vorstand des SoVD Niedersachsen legte dem Plenum den Vorschlag zur „2. Laatzener Erklärung“ vor, in dem die Ziele und Forderungen des SoVD Niedersachsen festgehalten sind.

Mindestlohn und Mindestsicherung gegen Altersarmut

Der SoVD fordert die Einführung eines gesetzlich festgelegten angemessenen Mindestlohns sowie eine Mindestsicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Moderne Familienpolitik

Eine moderne Familienpolitik zeichnet sich durch Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. Zusätzlich zu einem ausreichenden und qualitativ hochwertigen Betreuungsangebot müssen jedoch auch die Bedingungen der Arbeitswelt dem Grundsatz der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerecht werden.

Chancen für Kinder und Jugendliche

Die Bildungschancen der Kinder dürfen nicht von ihrer sozialen Herkunft bestimmt werden. Der SoVD fordert deshalb alle Verantwortlichen auf, die Bildungschancen für Kinder mit und ohne Behinderung zu verbessern.

Abschließend fordert der SoVD, gleiche Teilhabe und Verwirklichungschancen für alle Menschen in unserer Gesellschaft sicherzustellen. Alle politisch Verantwortlichen sind aufgefordert, Armut zu beseitigen und zu verhindern und für ein soziales Miteinander einzutreten.

Erste Impressionen der Landesverbandstagung